

DIE GROSSE EROSION

Aufklärung Der 70. Geburtstag des SPIEGEL fällt in eine kritische Zeit. Weltweit mischen Populisten die Politik auf, Wutbürger randalieren gegen die Eliten, im Internet blühen die asozialen Medien. Kann es sein, dass eine Revolution bevorsteht? *Von Ullrich Fichtner*



I. Wenn sich im neuen Jahr fortsetzt, was 2016 begonnen hat, wird sich das Gefühl verfestigen, dass gerade kein Stein mehr auf dem anderen bleibt: Dann wählt auch noch Frankreich Marine Le Pen vom Front National zur Präsidentin, schließt seine Grenzen und verlässt die Europäische Union. Dann wird der wegen Diskriminierung von Marokkanern verklagte Rechtspopulist Geert Wilders niederländischer Regierungschef und lässt Internierungslager für Muslime bauen. Dann wird in Deutschland, warum denn nicht?, der Milliardär Carsten Maschmeyer Bundeskanzler, und zwar nach einem vom russischen Geheimdienst manipulierten Wahlkampf, der sich darum gedreht haben wird, ob Angela Merkel wirklich Deutsche ist und ob eine Mauer entlang der Grenzen zu Polen und Tschechien zumindest das sächsische Abendland vor Terror, Überfremdung, Islamisierung bewahren könnte.

Zu abwegig? Zu spöttisch? Nun, vielleicht auch: immer noch viel zu fantasielos. Es gibt in Deutschland heute Menschen – und es heißt, ihre Zahl nehme zu –, die glauben, dass die Regierung und/oder andere Mächte allerlei Geheimpläne verfolgten, darunter vor allem jenen, die angestammte Bevölkerung durch ausländische Zuzügler zu ersetzen. Zudem glauben viele Mitbürger, dass die Medien, die öffentlich-rechtlichen sowieso, grundsätzlich ihre Berichte und Kommentare auf Anordnung von irgendwo „ganz oben“ produzierten. Dass sie zum Beispiel über Flüchtlinge und sonstige Fremde nur Positives berichten dürften, also Negatives wo irgend möglich zu unterdrücken hätten, dass sie sich somit als „Lügenpresse“ in den Dienst einer empörenden, vorsätzlichen Wirklichkeitsverfälschung stellten.

Es lohnt sich, das noch einmal anders zu formulieren, um es wirklich zu begreifen: Behauptet wird, dass die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Allgemeine, die taz, die Stuttgarter Nachrichten, der Bonner General-Anzeiger, die Frankfurter Rundschau, die Märkische Oderzeitung, die Nürnberger Nachrichten, die Frankenpost,

der Schwarzwälder Bote, die Neue Osnabrücker, die Badische und die Sächsische Zeitung, der Weser-Kurier und das Hamburger Abendblatt, der Tagesspiegel, die Magdeburger Volksstimme, die Westdeutsche und die Hannoversche Allgemeine, die Bild, die Welt, die Zeit, der Stern und der SPIEGEL, dazu die Deutsche Presse-Agentur, Bild.de und SPIEGEL ONLINE, t-online.de, die Huffington Post, Klassik Radio, Antenne Thüringen und die Radios Brocken, Charivari und Regenbogen – behauptet wird, dass sie und alle anderen Redaktionen Teil einer Verschwörung zur Abschaffung des deutschen Volkes sind. Noch Fragen?

Ja, da sind gerade sehr, sehr viele Fragen offen, denn wir leben in Zeiten einer großen allgemeinen Verunsicherung, eines Unbehagens, das sich keineswegs nur im Misstrauen gegen die Medien entlädt. Alles, was irgendwie nach „Elite“ riecht oder Autorität behauptet, bekommt es gerade mit rebellischer Gegenwehr zu tun. Parteien, Politiker und Verbände haben, soweit sich derlei in Umfragen messen lässt, noch weit erschütterndere Zustimmungswerte als Zeitungen und Journalisten. Es gibt heute viele Bürger, die etwa auch der Justiz grundsätzlich misstrauen, den Gewerkschaften, den Kirchen, den Unternehmern, ja, man wird sagen müssen: Es gibt einen wolkigen, unspezifischen, aber nennenswerten Argwohn gegen „das System“ an und für sich.

Was geht da vor? Was kann man darüber wissen? Welche Behauptungen lassen sich begründen, welche sind falsch? Wie schlimm ist es? Wer steckt dahinter? Steckt jemand dahinter? Wer profitiert? Wer verliert? Gibt es Widersprüche? Was sind die Belege? So fragen Journalisten. Das Fundament ihrer Arbeit ist die vernünftige Skepsis, und sie macht nicht vor der eigenen Wahrnehmung halt. Der Journalist fragt ständig: Sehe ich das ganze Bild – oder nur einen Ausschnitt? Höre ich die ganze Wahrheit – oder höchstens die halbe? Welche Interessen haben meine Gesprächspartner? Welche Interessen habe ich selbst? Ist die Geschichte interessant? Ist sie relevant? Stimmt sie wirklich?

Der SPIEGEL stellt sich solche Fragen seit 70 Jahren. Am kommenden Mittwoch, dem 4. Januar, ist es auf den Tag genau sieben Jahrzehnte her, dass das Magazin erstmals erschien, und vor gut 50 Jahren begann, nach Auffassung des Kollegen Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“, „mit der SPIEGEL-Affäre die aufgeklärte Demokratie in Deutschland; die Presse wurde vierte Gewalt“, wurde der gesellschaftliche Wächter der drei klassischen Gewalten Regierung, Parlament und Justiz.

Damals ging der legendäre Gründer des SPIEGEL, Rudolf Augstein, für die Freiheit ins Gefängnis, und schon damals spielten interessierte Kreise das Lied von der Lügenpresse, wenn auch noch mit anderem Text. Aber damals, das war tiefes, fernes 20. Jahrhundert. Im Fernsehen prasselten noch nationale Lagerfeuer, und es gab eine wenig zersplitterte Öffentlichkeit, die sich an einer allgemein akzeptierten Tagesordnung abarbeitete. Das war, unter dem Strich, gar nicht so schlecht. Aber es ist vorbei, für immer.

II. Wer darüber nachdenkt, warum Hass und Unbehagen in unserer Gesellschaft gerade so sichtbar und in Form der AfD sogar politikfähig werden, darf den Vorwurf nicht aussparen, ein pflichtvergessener Politik- und Medienbetrieb habe die „berechtigten Sorgen der Bürger“ allzu lange ignoriert und bekomme nun die Quittung.

Abgesehen davon, dass Politik und Medien nicht im selben Betrieb arbeiten, sondern voneinander getrennte Sphären sind und bleiben werden, ist dieser Vorwurf im Einzelfall durchaus nachvollziehbar: Es gibt in der Politik die Neigung, auf konkrete, alltägliche Probleme mit moralischen oder sonst wie großspurigen Allgemeinplätzen zu antworten. Und in den Medien fehlt hier und da die Frische, um neue Problemlagen, die sich vielleicht erst verstreut und im Kleinen zeigen, sogleich zu erkennen und aufzugreifen. Das ärgert die Bürger. Es ärgert die Leser und die Zuschauer, und zwar zu Recht.

Wer gerade, sagen wir, eine verstörte Tochter vor sich sitzen hat, die im Freibad, im Kino oder im Bus schon wieder von den nordafrikanischen Jungs aus dem Heim angemacht worden ist, der braucht keine Belehrungen darüber, dass man nicht alle Fremden über einen Kamm scheren dürfe, weil er das bestenfalls längst weiß, aber vor allem weil das gerade gar nicht sein Problem ist. Wer sich darüber beklagt, dass das Volleyballtraining nun schon seit vier Monaten ausfällt, weil die Halle für Flüchtlinge genutzt und Ersatz nicht zu finden ist, ist nicht zwangsläufig ein Rassist, sondern zunächst nur ein Mensch, der sich darüber ärgert, dass er nicht Volleyball spielen kann. Eltern, denen unbehaglich zumute wird, wenn in der Schulklasse zur Hälfte Migrantenkinder sitzen, die kein Deutsch können, wollen von der Politik nicht mit Sonntagsreden auf die allgemeine Menschlichkeit beschallt werden, sondern sie wollen praktische Vorschläge zur Lösung des Problems. Und wer sich fragt, ob genug getan wird, um weitere Terroranschläge zu verhindern, muss nicht als Scharfmacher verdächtigt werden.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, auch mit Beispielen, die über das Erleben im Alltag zwar weit hinausgehen, unser Lebensgefühl aber trotzdem entscheidend mitprägen. Wer sich zum Beispiel Sorgen über die Kosten diverser europäischer Rettungsprogramme macht, will sich nicht abspesen lassen mit Sprüchen darüber, dass Europa seit dem Krieg der Garant des Weltfriedens sei. Wer sich darüber empört, dass Banken und Börsen mit staatlichen Milliarden am Laufen gehalten werden, steht nicht automatisch im Lager der Populisten. Und wer Monat für Monat jeden Cent zweimal umdrehen muss, um über die Runden zu kommen, auf den mag so manches Berliner Statement über den alternativlosen Sparkurs der Bundesregierung samt „schwarzer Null“ regelrecht höhnisch wirken.

Den Medien wird vorgeworfen, solche Gefühle, die zugehörigen Probleme und den berechtigten Ärger über die ganze pauschale Wir-schaffen-das-Politik nicht ausreichend abzubilden, und es fällt keinem Redakteur in Deutschland ein Zacken aus der Krone, die Berechtigung solcher Vorwürfe einzugestehen. Es soll ja vorkom-

men, wie jeder journalistische Profi weiß, dass es sich nicht nur die Politik, sondern manchmal auch eine Redaktion im publizistischen Tagesgeschäft ein bisschen zu leicht macht, dass Leitartikel zu schnell hingeschrieben werden, Alltagsprobleme manchmal nicht energisch genug recherchiert und lokale Kleinigkeiten pauschal als unwesentlich abgetan werden.

Das ist so, es ist aber nur die eine Seite, und die andere geht so: In die – berechtigte – Klage darüber, dass „berechtigte Sorgen“ liegen bleiben, mischt sich in Zeiten des AfD-Aufstiegs und aufgrund der im Netz zu bemängelnden ideologischen Enthemmung, was man die „völlig unberechtigten Sorgen“ der Bürger nennen könnte. Wer etwa glaubt, es gebe einen muslimischen Geheimplan, Deutschland umzukrempeln, hat die Grenze zwischen berechtigter Sorge und unbegründeter Angst weit überschritten und muss deshalb, auch vonseiten der Medien, mit scharfem Widerspruch rechnen. Wer meint, obwohl dies seit Jahrzehnten jede seriöse Statistik widerlegt, dass Ausländer irgendwie doch krimineller seien als Deutsche oder dass sie den Einheimi-



Verhaftung von SPIEGEL-Herausgeber Augstein 1962: Missstände thematisieren – das ist der Job

schen „die Arbeitsplätze wegnehmen“, der folgt Parolen ohne Wahrheitsgehalt und hat als Bürger und Wähler die Pflicht, sich besser zu informieren. Wer den verblasenen Sprüchen folgt, wie jetzt wieder nach dem Weihnachtsmarktattentat von Berlin, die Terroropfer seien „Merks Tote“, der macht es sich empörend einfach mit der komplexen Welt, die uns umgibt. Und wer schließlich glaubt, der SPIEGEL unterdrücke Artikel und tue dies womöglich auf Geheiß „von oben“, weiß über die Arbeit des SPIEGEL und anderer Medien wirklich nichts, und er erkennt völlig die Grenzen und Möglichkeiten von Regierungsmacht im liberalen Rechtsstaat Deutschland.

Es gehört zum Grundauftrag einer freien Presse, Missstände zu thematisieren und durch Kritik die Verbesserung der Lebensverhältnisse zu befördern – die Wut von Mächtigen, die sich getroffen fühlen, gehört dazu. Und wo die Mächtigen diesen Auftrag gefährden, wo Regierungen gegen Berichterstatte vorgehen wie in Russland, Ägypten oder China (siehe Kästen), geschieht das nicht nur zum Schaden der Medien, sondern zum Schaden der Bürgerrechte im Land.

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben, unaufgeklärtes Denken auszustellen und zu bekämpfen. Journalismus ist immer auch ein Geschäft der ideologischen Mülltrennung, und hier genau sitzt der – unauflösbare – Konflikt zwischen den seriösen Medien und jenen, die diese Medien als Lügenpresse verunglimpfen. Es geht dabei nicht um einen Streit über die Wahrheit, es geht um etwas völlig anderes: Tatsächlich sollen Redaktionen durch populistischen Druck und Drohgebärden dazu gezwungen werden, den ideologisch aufgeladenen Themen von Rassist, rechten Ideologen, Pegida-Rednern, intellektuellen Neurechten und sonstigen Verschwörungstheoretikern Raum zu geben. Und man will jene Bürger, die zwischen berechtigten und unberechtigten Sorgen schwanken, auf die falsche Seite ziehen.

III. Der moderne Mensch ist gezwungen, mit vielen Widersprüchen zu leben, und es herrscht das Gefühl vor, die Paradoxien würden immer zahlreicher. So ist die heutige Medienvielfalt dank Internet zwar ungleich größer und die Freiheit der Meinungsäußerung praktisch grenzenlos, es steht aber noch keineswegs fest, ob die Demokratie und unser aller Leben dadurch bereichert werden. In diesen Zeiten wirkt es manchmal so, als redeten zwar alle mit, aber auch ständig aneinander vorbei. Die brutale Konkurrenz auf den digitalen Kanälen macht es zudem wahrscheinlich, dass das Laute und Grelle und bereits Berühmte leichter wahrgenommen werden als das Leise und Kluge und Abseitige. Es ist eine Spirale der Skan-

dalisierung in Gang gekommen, die vielen Mediennutzern heute schlechte Laune macht bis hin zum Verdross.

Aus jedem Sturm im Wasserglas wird ständig ein globaler Shitstorm, egal ob hier mal ein BH verrutscht, da ein Berühmter stolpert oder sich dort ein Minister verhaspelt. Alles rauscht ungeklärt durchs digitale Kanalsystem neben onanierenden Affen, lustigen Katzen, Bildern von blutverschmierten Kindern aus Aleppo und schicken Himbeertörtchen aus Paris. Heftig und hässlich wird auch Privates unter Privatleuten öffentlich ausgefochten, sodass sich aufs Ganze gesehen manchmal das mulmige Gefühl einstellt, die Digitalisierung unseres Alltags könnte auf Dauer genauso viel Fluch wie Segen bringen. Auf jeden Fall reift die Erkenntnis, dass die sogenannten sozialen Medien auch allem Asozialen eine nie gekannte Bühne bereitet haben.

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen sieht uns am Beginn eines Zeitalters der „Empörungsdemokratie“ angelangt. An die Stelle des „Gatekeeping“ durch Journalisten, die Informationen beschaffen, bewerten, auswählen und veröf-

fentlichen, trete ein „permanentes, oft sorglos betriebenes „Gateblowing“, eine mediengetriebene Welt, in der jeder und jede mit einem Videofilmchen, einem Promi-Schnappschuss, einer SMS oder einem Tweet zum Nachrichten- und Skandalproduzenten werden könne. Das kann der Demokratie dienlich sein, wenn inhaltlich brisante Mitschnitte von Politikerauftritten oder Schüsse von Polizisten auf Bürger öffentlich werden. Es kann belanglos sein, wenn nur irgendein neuer „Erregungsvorschlag“ gemacht wird, wie Bernhard Pörksen das nennt. Und es kann äußerst schädlich sein, wenn ahnungslose Leute glauben, sie müssten oder sollten Bilder von Unfall- opfern veröffentlichen, die gerade irgendwo in einem Straßengraben verbluten.

Sagen wir es so: Es wird gerade klar, dass das Heilsversprechen, mit dem die Pioniere des Internets einst antraten, nicht gehalten werden kann. Es wird, im Gegenteil, deutlich, dass das Web nicht ins demokratische Bürgerparadies überall auf Erden führt, in dem sich alle Menschen gleichberechtigt am herrschaftsfreien Diskurs beteiligen können.

Pressefreiheit in Gefahr Korrespondent *Christian Esch* aus Russland

Arbeit unter Lebensgefahr

Vor einem Jahrzehnt wurde Anna Politkowskaja im Aufzug ihres Moskauer Wohnhauses erschossen. Es ist bis heute der bekannteste unter den vielen Journalistenmorden in Russland. Auf welche Hindernisse die Aufklärung stößt, davon konnte ich mich 2009 in einem Moskauer Gerichtssaal überzeugen. Der Auftraggeber war nicht ermittelt worden, die vier Tatverdächtigen kamen wegen schlampiger Arbeit der Staatsanwälte vorerst frei. In einer Pause aß ich zu Mittag mit Luke Harding vom „Guardian“ und einer engen

Freundin Politkowskajas, der Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa. Wir sprachen über die Absurdität des Prozesses.

Ich denke an dieses Treffen zurück, weil Estemirowa im selben Jahr ermordet wurde – eine weitere Kritikerin des tschechenischen Regimes, die Einzige, die Journalisten aus Grosny noch mit Informationen versorgte. Und Harding musste Moskau 2011 verlassen, nach vielen Nachstellungen des FSB. Das ist das Umfeld, in dem sich russische Journalisten bewegen. Zwar sind in Russland weniger Journalisten in Haft als in der Türkei, ist das Internet nicht abgeschottet wie in China. Aber wer sich als Journalist mit dem Nordkaukasus und der Gewaltherrschaft in Tschetschenien beschäftigt, begibt sich in Lebensgefahr. Auch wer in der Provinz arbeitet, braucht Mut. Wir ausländischen Korrespondenten dagegen sind privilegiert. Uns droht nur eine Einreisesperre. Aber die Arbeit ist über die Jahre nicht einfacher geworden. Seit den Massenprotesten gegen Wladimir Putins Rückkehr in den Kreml sind die Freiräume enger geworden, seit der Ukraine-Krise ist der Ton schärfer. Und der Kreml baut seinen Propagandaapparat aus und spricht vom „Informationskrieg“ mit dem Westen.



Moskau-Korrespondent Esch

ANNE MORGENSTERN / DER SPIEGEL



Kanzlerin Merkel: Nachrichten aus der Empörungsdemokratie

Nein, es zieht nur wieder eine neue imperfekte, ungeordnete Welt herauf, in der alle alten Konflikte fortbestehen, auch wenn sie nun mit neuen Mitteln ausgetragen werden. Und dabei stellt sich heraus, dass etwa in China, in Russland, aktuell in der Türkei und in vielen anderen Ländern das Internet die schlimmsten Albträume von totaler diktatorischer Überwachung, Verfolgung und Durchleuchtung überhaupt erst möglich macht.

In den demokratischen kapitalistischen Gesellschaften wiederholt sich währenddessen die alte Geschichte von Industriemonopolen, die ihre demokratiegefährdenden Nebenwirkungen entfalten.

Die Giganten aus dem Silicon Valley predigen zwar stets Offenheit und Transparenz, pflegen selbst aber eine Geheimniskrämerei, die einen eher an die CIA-Zentrale in Langley denken lässt. Angesichts der Bedeutung, die Google, YouTube, Facebook, Twitter und Apple mittlerweile für unser Leben haben, grenzt es an Wahnsinn, dass wir über diese Firmen außer schicken Werboberflächen so gut wie nichts wissen.

Wie sucht die Google-Suchmaschine, wie findet sie, und nach welchen Kriterien sortiert sie die Ergebnisse? Wer sieht welche Facebook-Posts? Wie entsteht ein Twitter-Trend? Welchen Kriterien folgt der Mitteilungsstrom auf den Apple-iPhones? Die ehrliche Antwort auf diese Fragen lautet: Außer den Entwicklern und Anbietern selbst weiß das niemand. Der Gesetzgeber hat davon keine Ahnung, und die Medien werden kaum je vorgelassen und wissen deshalb nie, wie viel sie eigentlich wissen – und wie viel nicht.

Es kommt jetzt, von Europa aus, Bewegung in die Sache. Die Politik scheint aufgewacht zu sein und will die Konzerne verpflichten, mehr Verantwortung für die täglich milliardenfach versendeten Posts, die Fotos und Filmchen und Sprüche zu übernehmen. Das wäre – für die Digitalwelt – ein Schock, der aus der wunderbaren Sphäre der Anarchie wenigstens einen kleinen Schritt zurück in die alte Ordnung brächte, in der der Journalismus groß wurde. Es gibt Vorschläge, ein Gütesiegel für geprüfte Informationen einzuführen, was sicherlich ein wenig hilflos nach Biofleisch und

Regionalmilch klingt, es könnte aber unerfahrenen Mediennutzern, Jugendlichen, Kindern trotzdem eine Hilfe sein. Es gibt einen aufregenden Vorstoß der „Washington Post“, die kurz vor Weihnachten ein Projekt zur laufenden Überprüfung und Kommentierung von Twitter-Tweets startete. Und schließlich hat auch Facebook auf Druck der Politik ankündigen müssen, Hass-Posts, Fake News und dergleichen künftig irgendwie aussieben zu wollen. Also: Da tut sich etwas.

Der Trend in die richtige Richtung findet sich auch in einer Idee wieder, die Medienwissenschaftler Pörksen propagiert. Wenn nun schon, argumentiert er, durch Web und soziale Netzwerke alle früheren Empfänger von Nachrichten selbst zu Sendern werden können, dann müssten die Ideale des Journalismus „zu einem Element der Allgemeinbildung werden“. Pörksen weiter, in einem Beitrag für die „Zeit“: „Der klassische Journalismus verknüpft den Akt der Publikation mit der Prüfung von Faktizität und Relevanz. Er liefert ein Wertegerüst für das öffentliche Sprechen.“ Der Journalismus habe Re-

chercheroutinen und Formen des Fact-Checkings und der Quellenprüfung entwickelt, um sich selbst „aus dem Gehäuse eigener Annahmen und Vorurteile herauskatalogisieren“ zu können. Klingt schmeichelhaft und stimmt sogar: Beim SPIEGEL ist heute die Abteilung der Dokumentarinnen und Dokumentare, die vor Veröffentlichung jede Tatsachenbehauptung auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüfen, eine der größten im Haus.

Wäre das also ein Weg? Ein Schulfach „Publizistik“? Oder der verbindliche Lehrstoff „Internetverhalten“? Oder Benimmkurse Marke „Netiquette“? Ein solcher neuer Bildungsauftrag kommt einem fast zwingend vor. Und man könnte dann auch gleich auf ein paar weitere Probleme hinweisen: darauf, wie Apple und die Netzkonzerne am Beginn des 21. Jahrhunderts die ökonomischen Probleme klassischer Medien aus lauter Geldgier noch weiter verschärften.

Weiß das eigentlich jeder? Dass der SPIEGEL oder die „New York Times“ das Geld für jede über den iTunes-Store verkaufte iPad-Ausgabe mit dem Apple-Konzern teilen muss? Und dass Apple da richtig zulant? Weiß jeder, dass weiterhin das Gros aller Nachrichten von Belang von den klassischen Medien produziert wird, ohne dass irgendeine parasitäre Internetplattform dafür auch nur einen Cent bezahlt? Dass das Internet mitsamt seinen Millionen schicken Start-ups die ökonomischen Grundlagen des Journalismus zwar nach Kräften zerstört – seine gesellschaftlichen Aufgaben und redaktionellen Leistungen im Gegenzug aber nicht oder nicht ausreichend übernimmt?

IV. Wer das Geschrei der Empörungsdemokraten einmal ausblendet und in Ruhe nachsieht, wie es um Journalismus und Öffentlichkeit in Deutschland steht, lässt die Schwarz-Weiß-Malerei schnell hinter sich. Es gibt eine Reihe einschlägiger Statistiken, die von der seriösen Medienwissenschaft zurate gezogen werden, aus denen hervorgeht, dass sich das Vertrauen in die Medien im Großen und Ganzen über die Jahre nicht wesentlich verändert hat und auf relativ hohem Niveau liegt, vergleichsweise.

Dabei hängt es von der Fragestellung ab, wie düster sich die Lage anfühlt. Welcher vernünftige Mensch würde zum Beispiel mit einem kernigen Ja die Frage beantworten, ob er volles Vertrauen zu „den Medien“ habe? Man wüsste doch zumindest gern, welche da gemeint sind, und so bringen derart allgemeine Umfragen häufig Ergebnisse, die schlechter aussehen, als die Lage wirklich ist.

Einen besseren Ansatz verfolgt der „Reuters Digital News Report“. Er fragt weltweit Leute, ob sie in ihrem Alltag

„den meisten Nachrichten die meiste Zeit vertrauen“ – eine Frage, die auch auf allgemeine Zufriedenheit oder Unbehagen zielt. In Deutschland bejahten 2016 52 Prozent die Frage, das bedeutet unter 26 betrachteten Ländern den siebten Platz. Die Finnen vertrauen ihren Nachrichten zu 65 Prozent, das ist Platz eins. Weit hinten erst kommen die USA, Frankreich, Ungarn und andere, wo nur jeweils um die 30 Prozent der Befragten ihr grundsätzliches Vertrauen in die Nachrichten bekundeten.

Alle diese Zahlen sind relativ, aber sie helfen doch beim Nachdenken. Die vielleicht aussagekräftigsten Daten erhebt die Leipziger „Mitte“-Studie, die sich jedes Jahr ausführlich mit den Einstellungen der Deutschen beschäftigt. Der Münchner Kommunikationswissenschaftler Carsten Reinemann hat sie jüngst an der Universität Hamburg ausführlich zitiert, in Hamburg läuft seit Herbst eine Ringvorlesung

mit dem schönen Titel „Lügenpresse – Medienkritik als politischer Breitensport“.

Eine der Tabellen zeigt zum Beispiel dies: In Deutschland sagen 65,5 Prozent der Leute, dass sie Vertrauen zur Polizei hätten, das ist Platz eins. 63,5 Prozent vertrauen dem Verfassungsgericht, 54 Prozent haben Vertrauen in die Justiz und 52,3 Prozent in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das sind die ersten vier Plätze. Man versteht also die Lage besser, wenn man dazu Carsten Reinemanns rhetorische Frage hört, ob in Deutschland – angesichts des geringen Vertrauensvorsprungs der Justiz vor den Medien – denn irgendwer von einer Justizkrise sprechen würde? Man möchte anfügen: oder gar von einer Lügenjustiz?

Die Fernsehberichterstattung und die Tages- und Wochenzeitungen folgen in dieser Liste auf den Rängen fünf und sechs, und danach geht es immer steiler abwärts, vom Bundestag zur Bundesregierung, zu

Pressefreiheit in Gefahr Korrespondent Jens Glüsing aus Lateinamerika

Im Visier der Narco-Bosse

Brasilien und Mexiko zählen zu den gefährlichsten Ländern der Welt für Journalisten. Seit 2012 wurden in Brasilien laut „Reporter ohne Grenzen“ 22 Journalisten umgebracht, in Mexiko starben seit dem Jahr 2000 über hundert. Für die Morde ist meist das organisierte Verbrechen verantwortlich: In Mexiko bedrohen Drogenkartelle Journalisten; in Brasilien sind in erster Linie Lokalreporter in Gefahr, die sich bei der Untersuchung von Korruptionsskandalen zu weit vorwagen. Viele Armenviertel sind für Journalisten nur zugänglich, wenn der Besuch zuvor von der Drogenhändlerbande genehmigt wurde, die in dem Slum das Sagen hat. In Mexiko gelten ganze Bundesstaaten als Risikogebiet; in vielen

Städten und Regionen berichten Journalisten aus Angst um ihr Leben nur anonym über das organisierte Verbrechen. Viele Zeitungen haben die Berichterstattung ganz eingestellt.

Auslandskorrespondenten sind normalerweise besser geschützt, weil deren Tod mehr Aufsehen erregt. Ich geriet vor einigen Jahren bei Recherchen in der mexikanischen Drogenmetropole Culiacán ins Visier der Mafia. Culiacán ist die Hauptstadt des Bundesstaats Sinaloa, hier hat das Kartell des mittlerweile inhaftierten Rauschgiftbosses Joaquín „El Chapo“ Guzmán seinen Sitz. Abends war ich mit meiner Fotografin in einem Nachtclub, wo eine Band „Narcocorridos“ spielte – so nennen die Mexikaner die Lieder, in denen Drogenhändler verherrlicht werden. Ich hatte den Besuch zuvor mit dem Besitzer des Lokals abgesprochen, aber nach einer halben Stunde fühlten sich einige Gäste von unserer Anwesenheit belästigt. Ein Mann mit Cowboyhut kam an unseren Tisch und erklärte freundlich, dass sich Culiacán trotz des Rufs als Drogenmetropole über jeden Besucher freue. Dennoch würde er uns empfehlen, die Stadt am nächsten Morgen zu verlassen.

Wir gingen kurz darauf, am nächsten Morgen reisten wir ab. Offenbar waren wir während unseres Aufenthalts überwacht worden, und nach drei Tagen war die Guld der Capos am Ende gewesen.



Südamerika-Korrespondent Glüsing

den sozialen Medien, zum privaten Rundfunk, zu den Kirchen – und schließlich, ganz unten, zu den politischen Parteien, denen gerade noch 23,1 Prozent der Deutschen Vertrauen entgegenbringen, während 47,7 Prozent sagen – ein dramatischer Spitzenwert – sie hätten in die Parteien „kein Vertrauen“.

Kommunikationsforscher Reinemann leitet daraus einerseits ab, dass das Misstrauen den Medien gegenüber, und zumal den „klassischen“, nicht so groß ist wie es einem so mancher Sprechchor auf diversen Dresdner Demos suggerieren möchte. Zugleich sieht er aber eine beunruhigende Entwicklung in Gang gekommen: Eine nennenswerte gesellschaftliche Minderheit gleite gerade von einer Haltung der vernünftigen Medienskepsis hinein ins Reich

des irrationalen Misstrauens. „Wenn in einem Land 14 Prozent der Leute sagen, die Presse lügt, dann ist das viel“, sagt Reinemann. Er glaubt allerdings auch, dass der Medienverdruss selbst nur wieder Symptom einer noch größeren Krankheit sei, die letztlich auf eine systemische Krise hinauslaufe.

„Menschen, die Fundamentalkritik an den Medien üben“, sagt Reinemann, „tun dies offenbar, weil sie politisch unzufrieden sind. Sie finden ihre Meinung nicht in den Medien repräsentiert und empfinden die Medien deshalb als Stütze der etablierten Kräfte.“ Und wenn ebendiese etablierten Kräfte so tief in der Grütze sitzen, wie sie das gerade tun, dann ziehen sie die Medien und allerlei andere Instanzen zu sich herab.

Diesen Zusammenhang verkennt die Politik, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier verkannte ihn, als er in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine“ einmal relativ gönnerhaft mahnende und tröstende Worte an die Medien austeilte. Medien seien die Grundlage einer stabilen Demokratie, schrieb Steinmeier, und so weiter, aber sie seien eben in der Krise, inhaltlich und ökonomisch, und wenn sich die Bundesregierung ein so schlechtes Krisenmanagement leistete wie die Medienbranche, dann könne sie sich, so Steinmeier, in Schlagzeilen und Kommentaren „auf einiges gefasst machen“.

Der Minister zählte dann Gründe auf, warum der Journalismus in der Krise stecke, und sie waren alle falsch. Dass die Politik im Allgemeinen und Besonderen auch

Pressefreiheit in Gefahr Korrespondentin Nicola Abé für Israel und Ägypten

Auf Staatslinie

Wer heute in Ägypten als Journalist arbeitet, lebt gefährlich – zumindest wenn er dem Regime von Präsident Abdel Fattah el-Sisi kritisch gegenübersteht. Was die Freiheit der Presse betrifft, ist Ägypten im weltweiten Vergleich von 180 Ländern auf den 159. Platz abgerutscht. So schlecht sah es noch nie aus, nicht unter Diktator Hosni Mubarak und auch nicht unter dem ersten demokratisch gewählten, islamistischen

Präsidenten Mohamed Morsi von der Muslimbruderschaft.

Ägypten ist das Land, in dem 2016 nach China und der Türkei die meisten Journalisten verhaftet wurden, darunter mehrere Mitarbeiter des Nachrichtensenders Al Jazeera. Ihnen wurde unter anderem vorgeworfen, falsche Nachrichten zu verbreiten und damit der Muslimbruderschaft zu helfen. Letztere gilt in Ägypten als Terrororganisation.

Im Namen der nationalen Sicherheit werden immer wieder Reporter als Anhänger der Islamisten diffamiert und verhaftet. Im Juni 2016 wurden sechs Journalisten sogar zum Tode verurteilt, drei von ihnen in Abwesenheit. Das Regime geht brutal gegen Kritik jeder Art vor, selbst der Chef des Journalistenverbandes, Yehia Kalash, und der Menschenrechtsanwalt Hossam Bahgat landeten im Gefängnis.

Zwar garantiert die 2014 in Kraft getretene Verfassung Presse- und Meinungsfreiheit. Doch in diesen Zeiten gelten andere Regeln, Zensur ist erlaubt. So hat Präsident Sisi im Rahmen eines Gesetzes zur Terrorbekämpfung die Berichterstattung massiv eingeschränkt. Wenn Journalisten von den offiziellen Vorgaben abweichen, drohen ihnen Geldstrafen und Berufsverbote. Ägyptische Zeitungen und Sender berichten heute weitgehend auf Staatslinie. Kritische Medien gibt es fast nur noch im Ausland.

Auch für Korrespondenten und Reporter aus Europa wird die Lage zunehmend schwieriger. Denn die Spitze des Sisi-Regimes sind überall. Als wir im Kairoer Armenviertel mit Leuten auf der Straße sprachen, war nach ein paar Minuten die Polizei vor Ort. Wir konnten einen offiziellen Termin im Bauministerium vorweisen. Doch das genügte nicht. Ein Mitarbeiter des Geheimdienstes wurde gerufen, wir mussten Pässe und Mobiltelefone abgeben und unsere Fotos vorzeigen. Nach einer einstündigen Befragung konnten wir gehen. Einer der Männer flüsterte uns noch zu: „Wenn ihr Ägypter wärt, würdet ihr das Tageslicht nie wiedersehen.“



JONAS OPPERSKALSKI / LÄIF

Korrespondentin Abé

etwas mit einer Krise der Medien zu tun haben könnte, diesen Gedanken streifte Steinmeier nicht einmal, vielleicht kommt er als Bundespräsident noch einmal auf das Thema zurück.

Er könnte dann nämlich darüber reden, wie vor allem die Politik das Internet verschlafen hat und wie sie seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, nicht das Geringste dafür getan hat, den hier beschriebenen Wildwuchs einzudämmen.

Nichts hat die Bundesregierung unternommen, um die demokratiegefährdende Macht der Digitalkonzerne zu zähmen, nichts haben SPD, CDU und die anderen zustande gebracht, um die ständigen Rechtsverletzungen im Netz, den Hass, die illegalen Angriffe, die Schmähungen und Volksverhetzungen, die Sexismen und rassisti-

schen Ausfälle aller Art zu unterbinden. Die Parteien haben, von ein paar irrliehenden Exoten Marke „Piraten“ abgesehen, die größte gesellschaftliche Baustelle unserer Zeit einfach weiträumig umfahren. Ob es jetzt reicht, ab und an Justizminister Heiko Maas dort vorbeizuschicken, ist zumindest fraglich.

V Jeder Mensch muss ständig seinen eigenen Ort in der Welt bestimmen, sein Verhältnis zu den Dingen, seinen Abstand zu Ereignissen, jeder stellt sich auf seine Weise, aktiv interessiert oder passiv konsumierend, zu den Fragen der Zeit. Jeder muss dafür die ihn umgebende immense Komplexität reduzieren, irgendwie handhabbar machen, Schneisen schlagen oder Geländer finden, an denen entlang es wei-

tergeht. Das kann über Theorien geschehen, die die Wissenschaft vorschlägt, es kann aus Lebenserfahrung kommen, aus versichernden Traditionen, aus familiärer Liebe, oder der Glaube an einen Gott kann helfen. Schwierig wird es, wenn nichts davon richtig funktioniert. Wenn man verloren geht in der Unübersichtlichkeit, wenn sich Unbehagen breitmacht bis an den Rand des Ekels. Alles gerät dann ins Rutschen.

An dieser Schwelle stehen in den modernen, digital beschleunigten Gesellschaften heute so viele Menschen, dass es nicht übertrieben scheint, von einer Systemkrise zu reden. Der Weltmeister der Vereinfachung, Donald Trump, ist ihr bislang spektakulärster Profiteur, ein Mann, der zwischen Wahrheit und Lüge nicht mehr

Pressefreiheit in Gefahr Korrespondent Bernhard Zand aus China

Lebenslange Überwachung

Am 29. Dezember 2012 brachen in der Stadt Guiyang Unbekannte in mein Hotelzimmer und in das meiner Mitarbeiterin ein, löschten unsere Festplatten und zerstörten unsere Mobilgeräte. Damit waren die Verhältnisse zwischen dem chinesischen Staat und mir geklärt: Ich war, nach zwölf Jahren im Nahen Osten, in einem Land angekommen, in dem die Freiheit der Presse genauso wenig zählt wie unter Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi.

Inzwischen sind vier Jahre vergangen, und die Dinge haben sich verschlechtert. Für Korrespondenten, vor allem aber für unsere chinesischen Kollegen. Die Geschichte, die wir 2012 recherchierten, handelte vom tragischen Tod von fünf Kindern in der Provinzstadt Bijie. Der Mann, der sie aufgedeckt hatte, heißt Li Yuanlong.

Der 56-Jährige war lange Reporter bei der staatlichen „Bijie-Zeitung“ gewesen. Er hatte über Korruption und Machtmissbrauch geschrieben, sich mit den Behörden angelegt. 2005 kam er wegen eines Kommentars vor Gericht und wurde zwei Jahre lang inhaftiert. Als er die Geschichte über den Tod der fünf Kinder von Bijie enthüllte, folgte er einem Drang, den jeder Journalist kennt: Er wollte wissen, was passiert war, er fragte nach, er deckte auf, was die Behörden verschwiegen. Dafür verschleppten sie ihn und nahmen ihm den Computer weg. Als er sich mit uns traf, war es erneut seine Story, die ihn antrieb: Wenn er sie nicht erzählen könne, dann solle das jemand anders tun. Kaum waren wir weg, stand die Staatssicherheit vor seiner Tür. Wir halten seither losen Kontakt, oft ist er wochenlang nicht zu errei-

chen. Vor ein paar Tagen haben wir mit Li Yuanlong gesprochen. Er sei gesund, sagte er, das sei die gute Nachricht. Doch er finde keine Arbeit mehr. Immer wieder werde er zu Befragungen einbestellt. 2015 habe er einen Tag lang im Gefängnis gesessen, weil er sich zum zehnten Jahrestag seiner Inhaftierung im Internet über sein damaliges Gerichtsurteil lustig gemacht habe. In diesem Jahr wurde er zweimal vorgeladen.

„Die Überwachung, sagten sie, gilt in meinem Fall lebenslang.“ In der Weltrangliste für Pressefreiheit ist China unter seinem Präsidenten Xi Jinping auf den fünftletzten Platz abgestiegen, gefolgt von Syrien, Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea. Li Yuanlong ist ein religiöser Mensch. Er glaube daran, sagt er, dass er das China noch erleben werde, das er sich wünscht. „Aber ich habe aufgehört zu schreiben.“



Zand, Journalist Li in der Provinz Guizhou



Apple-Chef Tim Cook: Demokratiegefährdende Macht der Digitalkonzerne

unterscheiden kann und will und der Behauptungen, Beschimpfungen, Legenden, Lügen, Gerüchte, berechnete und unberechtigte Sorgen, falsche Hoffnungen und aus der Luft gegriffene Versprechen ganz oben in einen Trichter schüttet, und unten kommt dann auf wunderbare Weise die Formel heraus: Make America Great Again.

Die wesentliche Zutat in Trumps Erfolgsrezept, und dieses Problem ist längst auch in Europa und in Deutschland zu Hause, ist eine grassierende Verschwörungsmentalität. Die bereits zitierte Leipziger „Mitte“-Studie über die Einstellungen und politischen Ausrichtungen der Deutschen fördert da Erschütterndes zutage. Die Zahlen für 2016 weisen zum Beispiel aus, dass 38,6 Prozent der Deutschen dem Satz zustimmen: „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.“ 34 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die meisten Menschen nicht erkennen würden, „in welchem Aus-

maß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden“. 28 Prozent stimmen teilweise, 34,8 Prozent stimmen voll zu, wenn es heißt: „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.“

Man kann das dreimal lesen und immer noch nicht glauben. Aber diese Zahlen sind solide und in den Zirkeln der Wissenschaft als seriös anerkannt. Der niederländische Sozialforscher Stef Aupers leitet aus ihnen und aus vielen anderen Daten und Beobachtungen den Beginn einer neuen, ungemütlichen Epoche ab. In einem Aufsatz vom Beginn des Jahres 2016 erzählt er die Geschichte vom Ausbruch der Schweinegrippe 2009 und wie Verschwörungstheoretiker ihre Funken daraus schlugen.

Es kursierten damals zum Beispiel Geschichten, der Erreger wäre von der US-Regierung willentlich in Umlauf gebracht worden, um die Weltbevölkerung zu redu-

zieren. Oder es wurde geraunt, dass die zugehörigen Impfstoffe unsichtbare „Nano-Chips“ enthielten, eigens dafür entwickelt, die behandelten Bürger fortan gewissermaßen fernzusteuern.

Man meinte die längste Zeit, das alles zu kennen und abtun zu können, die inszenierte Mondlandung, die Thesen über die Ermordung John F. Kennedys, die Verschwörung hinter dem 11. September, die „wahre“ Geschichte über die Tötung Bin Ladens, die „wahren“ Todesumstände von Lady Di, die „Wahrheit“ über Freimaurer, Juden, Jesuiten und, natürlich, die „Wahrheit“ über den Muslim und Kenianer Barack Obama – das alles hat es in vielen Spielarten irgendwie immer gegeben, und es wirkte stets wie ein intellektueller Nischensport für Spinner. Es scheint nur, dass diese Zeiten enden.

Stef Aupers kann zeigen, wie die abstrusen Theorien Boden gutmachen und wie die Verschwörung an und für sich – auch über TV-Serien wie „X-Files“, Block-

buster-Filme Marke „Matrix“ und natürlich Dan Browns „Da Vinci Code“ – als Denkmuster und Interpretationsangebote in unseren Alltag einsickert. Aupers zitiert eine Studie, der zufolge 80 Prozent der Amerikaner sagen, dass die Regierung mehr über Außerirdische wisse, als sie gebe, in Worten: achtzig Prozent.

Solche Einstellungen könnten nur in einer Kultur blühen, sagt Aupers, in der die Wahrheit ziemlich grundsätzlich abhandengekommen sei, und der Niederländer bejaht das mit plausiblen Argumenten: Die Wissenschaft sei mit ihrem alten Versprechen gescheitert, an die Stelle von Religion und Aberglauben eine auf Vernunft und Überprüfbarkeit gebaute Welt zu setzen. Gelungen sei ihr seit den Sechzigerjahren nur, so Aupers, die Macht der Religionen nach und nach zu unterminieren – aber die dadurch entstandene Sinn-lücke habe sie keineswegs füllen können, im Gegenteil.

Im ewigen Thesenstreit über alles und jedes hätten die Wissenschaften nicht Sinn gestiftet, sondern nur immer mehr Verwirrung: „Fischöl ist gesund, Fischöl verursacht Krebs; Kinder sollten mit Liebe und Empathie erzogen werden, Kinder brauchen klare Regeln und Disziplin; die Gewalt in westlichen Ländern nimmt ab, die Gewalt in westlichen Ländern nimmt zu; vor uns liegt ein ökologisches Desaster, die Warnungen vor dem Klimawandel sind übertrieben; Impfungen gegen die Schweinegrippe sind zwingend, Impfungen dagegen sind ineffektiv und gefährlich.“ Jeder kennt Aupers' Beispiele; und sie machen jedem schlechte Laune.

Die Medien stellen solche Widersprüche durchaus dar, profitieren aber auch von ihnen. Das massenmediale Geschäft, schreibt Aupers, sei nun einmal auf Konflikt gerichtet und nicht auf Konsens.

Unumstrittene Wahrheiten, so der Niederländer, seien nicht sehr sexy. „Nichts ist für die Einschaltquote einer Talkshow besser als zwei Klimawissenschaftler, die sich absolut uneins sind über den Treibhauseffekt.“ Nur ist die Kehrseite der Show auf Dauer eine Erosion allen Vertrauens.

Zuerst verliert die Wissenschaft an Glaubwürdigkeit und danach alle anderen Instanzen, und dann erfasst die Erosion – verstärkt durch die tausendfältigen Möglichkeiten heutiger medialer Verbreitung – den Alltag. Was kann man noch glauben? Was nicht? Wenn darüber alle Klarheit abhandekommt, wird jede Diskussion nur noch zu einem Austausch von Gefühlen, eigenen Erfahrungen und Instinkten. Wahrscheinlich wäre Donald Trump im US-Wahlkampf auch mit der Behauptung durchgekommen, die Erde sei eine Scheibe, denn das neue Motto gesellschaftlicher Debatten lautet: rational, irrational, scheißegal.

Noch der größte Unsinn findet ein diskussionsfreudiges Publikum, und man sollte sich nur kurz in die Lage eines aufgeweckten, neugierigen Jugendlichen versetzen, der mit all diesen Märchen aus tausendundeiner digitalen Fälscherwerkstatt zum ersten Mal konfrontiert wird. Wie soll er sich orientieren? Zumal die Geschichten ja oft sehr gut sind. Und alles plausibel wirkt. Und die Autoren tragen

sogar Dokortitel. Was also stimmt? Was nicht? Kann man überhaupt irgendetwas wirklich glauben?

Diese Fragen betreffen heute nicht mehr nur esoterische Phänomene, sondern die ganz reale Welt. Und was früher als Krankheit mit Tendenz zur Paranoia wegsortiert wurde, wird von Sozialforscher Aupers heute als rationale Strategie von überforderten Bürgern gewertet, sich irgendwie

Pressefreiheit in Gefahr Reporter Christoph Reuter über Syrien und Irak

Postfaktischer Krieg

Jahrelang habe ich als Korrespondent im Irak und in Afghanistan gelebt. Auch dort gab es Propaganda der verschiedenen Kriegsparteien, angefangen mit George W. Bushs falschen Behauptungen über Saddams Massenvernichtungswaffen. Es gab Befürworter der beiden westlichen Interventionen und Kritiker.

Aber es gab noch eine gemeinsame Annahme von der Wirklichkeit, die durch journalistische Recherchen belegt wurde. Im Syrienkonflikt gilt all das nicht mehr. Ich habe noch nie einen Krieg erlebt, der so gegensätzlich wahrgenommen wird wie dieser. Und von dem so verschiedene Deutungen und Bilder entworfen werden.

Eine dieser Deutungen wird gefüttert von der Propaganda aus Damaskus und Moskau, die zu allem, was in Syrien geschieht, eine eigene Version präsentiert: ein Massaker von Assads Milizen an Zivilisten? Nein, das waren Rebellen, die ihre eigenen Leute umbrachten. Ein Giftgasangriff der Armee auf Damaszener Vororte der Opposition? Nein, das waren wahlweise türkische Provokateure oder saudiarabische Agenten oder syrische Dschihadisten. Dass diese Versionen keiner Über-

prüfung standhielten und einander zudem in der Summe widersprachen, spielt keine Rolle mehr.

Auch dass die Inszenierungen gelegentlich durch eigens vom Regime angefertigte „offizielle“ Fotos als solche entlarvt werden – nicht der Rede wert. Als 2013 der regimetreue höchste sunnitische Geistliche, Scheich Mohammed al-Buti, angeblich von einem Selbstmordattentäter in seiner Moschee umgebracht wurde, zeigten Bilder aus dem Gebäude, die anschließend veröffentlicht wurden: Die Kronleuchter hingen noch, die Blätter der Ventilatoren waren intakt, in diesem Raum hatte es keine Explosion gegeben. Es geht nicht mehr um Stichhaltigkeit, sondern um Futter für die Gläubigen, die jede Abweichung von ihrem Weltbild als „Lügenpresse“ abtun.

Was aus Damaskus kommt, ist nicht einfach nur Desinformation. Es ist zielgruppengerechte Desinformation, die an bestehende Feindbilder anknüpft: Halten Sie die USA für die Wurzel allen Übels? Voilà, Sie werden versorgt mit Texten, dass CIA und andere von langer Hand den Umsturz in Syrien geplant hatten. Sorgen Sie sich um die Christen? Kein Problem, Sie bekommen Meldungen über geköpfte Bischöfe und verwüstete Kirchen. Dass die Bilder keine Bischöfe zeigen und die Kirchen von der syrischen Luftwaffe bombardiert wurden – egal.

Gerade in Bezug auf die amerikanische Rolle im syrischen Aufstand, die im Kern aus Ignorieren und geringer Unterstützung der Rebellen bestand, erstaunt die Vehemenz, mit der fortwährend das Gegenteil der Realität verkündet wird. Aber die Propaganda hat sich eben längst gelöst vom Geschehen als Ausgangspunkt.

Es geht um das politische Glaubensgerüst der Empfänger, dafür werden die Botschaften passend gemacht. Man könnte sagen, Syrien ist der erste postfaktische Krieg. Und man muss leider sagen: Es funktioniert.



Reuter in Mossul

JACOB RUSSELL / DER SPIEGEL

Wer sich nicht beugt, kommt vor Gericht

Türkei Der Journalist Can Dündar über das Ende der Pressefreiheit in seinem Land

Dündar, 55, veröffentlichte als Chefredakteur der oppositionsnahen türkischen Zeitung „Cumhuriyet“ Recherchen über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an syrische Islamisten. Daraufhin wurde er festgenommen, der Spionage angeklagt und im Mai 2016 wegen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen verurteilt. Er lebt heute im Exil in Deutschland.

Wissen Sie, woher die Türken erfuhren, dass der russische Botschafter in Ankara bei einem Anschlag getötet wurde?

Aus Moskau. Tatsächlich war der Botschafter unmittelbar bei der Tat umgekommen, was auch die türkischen Sender wussten. Nur durften sie es aufgrund einer Nachrichtensperre nicht melden. Erst die Stellungnahme eines russischen Sprechers ermöglichte ihnen, das Verbot zu durchbrechen. Vorher hatten sie drei Stunden lang auf ein Statement des türkischen Innenministers gewartet, um die Wahrheit, die sie längst kannten, bringen zu können.

So geht es seit Langem. Kommt es zu einem Vorfall, der die Regierung möglicherweise in schlechtem Licht dastehen lassen könnte, ist noch vor der Ambulanz die Nachrichtensperre da, und das Geschehen wird mit einem dichten Vorhang verhüllt.

Leider besteht das Problem nicht allein in der Zensur. Die regierungsnahe Presse zensiert ohnehin aus freien Stücken, und in den Mainstream-Medien herrscht Selbstzensur aus Angst.

Außer einer Handvoll Kämpfer für die Pressefreiheit existieren in der Türkei nur noch drei Kategorien von Journalisten:

Solche, die ihren Job verloren haben. Die im Gefängnis.

Und die an der Seite der Macht.

Beginnen wir mit der ersten Gruppe: Präsident Recep Tayyip Erdoğan nutzte den Putschversuch vom 15. Juli als Vorwand, um die wohl größte Hexenjagd in der Geschichte der türkischen Presse einzuleiten. Oppositionelle Medien setzte er stark unter Druck. In nur fünf Monaten ließ er mit Polizeirazzien fast 200 Medienorgane schließen. Selbst TV-Sendern für Kinderprogramme, die Zeichentrickfilme auf Kurdisch ausstrahlten, ist es so ergangen. Auf



Regierungskritiker Dündar

ANDREAS PEIN / LAIF

diese Weise haben an die 2800 Journalisten ihren Job verloren.

Wer sich nicht beugte, kam vor Gericht. Jede oppositionelle Zeile wurde als Beleidigung aufgefasst, 2000 Menschen wurden wegen „Beleidigung des Präsidenten“ angeklagt. Wer dennoch weiterschrieb, kam ins Gefängnis. Mit derzeit 152 inhaftierten Journalisten verwandelte sich die Türkei in den größten Medienkerker der Welt. Und damit sind wir bei der zweiten Gruppe von Journalisten. Was ist ihr Verbrechen? Lassen Sie mich Beispiele nennen:

Murat Sabuncu, Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, wird vorgeworfen, die politische Linie der Zeitung verändert zu haben.

Kadri Gürsel, ein Journalist ebendieser Zeitung, wird bezichtigt, in einem Artikel, in dem er auf Erdogans Abneigung gegen das Rauchen einging, unterschwellig subversive Botschaften verbreitet zu haben.

Der Karikaturist Musa Kart sitzt wegen nicht genehmer Zeichnungen hinter Gittern.

Und ich?

Ich war in Haft, weil Erdoğan nach einer Meldung, die ich geschrieben hatte, sagte: „Dafür wird er einen hohen Preis bezahlen.“ Für eine einzige, übrigens nie dementierte Meldung wurde ich mit der Forderung nach einem Strafmaß angeklagt, das der Todesstrafe im alten Strafrecht entspricht. Vor dem Gerichtsgebäude wurde auf mich geschossen. Fünf Monate darauf ließ man den Attentäter frei, er erhielt seinen Pass zurück. Meiner Frau dagegen wurde der Reisepass entzogen, sie wurde quasi in Geiselhaft genommen, obwohl ihr nichts vorzuwerfen ist. Auch wurden fast 900 000 Schulbücher vernichtet, weil darin ein Text von mir stand. Vielleicht weckt das in Deutschland gewisse Erinnerungen.

Kommen wir zur dritten Kategorie:

Journalisten „an der Seite der Macht“ gibt es reichlich. Erdoğan forderte ihm ergebene Geschäftsleute auf, Zeitungen und Fernsehsender zu kaufen. So bildete er einen Medienpool, der ihm unmittelbar verbunden ist, und wurde faktisch zum größten Medienmogul der Türkei. Sich widersetzende Mainstream-Medien brachte er mit Steuerverfahren zur Raison. Auf offizielle Reisen nimmt er ausschließlich Claqueure mit. Kein einziges Mal hielt er eine echte Pressekonferenz, stellte sich Journalisten der Opposition oder nahm an einer Diskussionsrunde mit Vorsitzenden anderer Parteien teil.

Jetzt nimmt er die wenigen verbliebenen Zeitungen ins Visier, um ohne jeden Gegenwind in das Referendum gehen zu können, das ihm einen Präsidentenstatus à la Putin bringen soll.

Der letzte beharrlich opponierende Fernsehmoderator wurde Anfang Dezember verhaftet, seine Komoderatorin sah sich gezwungen, die Sendung einzustellen.

Kurz zuvor kam die Meldung, türkische Journalisten, die in der Türkei ihre Tätigkeit nicht länger ausüben könnten, hätten auch ohne Visum die Chance, in Deutschland eine Arbeits-erlaubnis zu bekommen.

Es wäre nicht verwunderlich, wenn Journalisten, die endlich wieder die Wahrheit schreiben wollen, demnächst in Deutschland ein türkisches Exilpresseorgan gründen.

Aus dem Türkischen von Sabine Adatepe

in dieser heillos komplizierten Welt zu rechtzufinden.

Die Europäische Union bietet sich dafür als Beispiel an: Wer weiß schon, was hinter ihren Kulissen läuft? Wie sie funktioniert? Aus welchen Behörden sie überhaupt besteht? Wer das Sagen hat? Ein Menschenleben reicht kaum aus, um das herauszufinden; was also soll der Normalbürger tun? Er macht sich auf die Suche nach Deutungsangeboten, die Komplexität reduzieren helfen, und sie dürfen – je geringer sein Interesse, je schlechter seine politische Bildung, je prekärer sein Sozialstatus – auch einfach auf den Vorschlag hinauslaufen: abschaffen! Brüssel zumachen! Schluss damit!

Aupers' unbequeme Nachricht an die Welt lautet also, dass die Verschwörungs-

theorien gekommen sind, um zu bleiben. Dass sie für viele heute die einzige Möglichkeit sind, mit der überbordenden Komplexität der Welt und der alltäglichen Überforderung fertigzuwerden. Verschwörungstheorien seien wie eine Krücke, die helfen soll, die Angst vor unverständlichen Zusammenhängen zu bannen – und in verständliche Geschichten zu übersetzen. Und wenn das so stimmt, dann wird sich das politische Spiel von Grund auf verändern müssen, um die Menschen wieder zu erreichen und die Trumps dieser Welt in die Schranken zu weisen.

VI. Krisen befeuern immer das große Schwarze-Peter-Spiel. In Deutschland war das gut zu beobachten, als nach der berühmten Silvesternacht von Köln

Anfang 2016 ein paar Politiker damit begannen, auf die Medien einzudreschen. Der Bürger wolle „Wahrheit und Klarheit“, sagte etwa CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, der es in seiner alltäglichen Arbeit mit beidem nicht weiter genau nimmt, und der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sprach gar von einem „Schweigekartell“ der öffentlich-rechtlichen Medien, eine Ungeheuerlichkeit, an der noch einmal gut sichtbar wird, wie selbstverständlich Verschwörungstheorien heutzutage in Umlauf gebracht werden, sogar von Menschen, die selbst fest im System verankert waren oder sind.

Aber so ist nun die Lage, und sie wird es lange bleiben: Es gibt derzeit große Minderheiten, die mit den eingeübten Denkmustern und Deutungsangeboten der Demokratie des 20. Jahrhunderts nicht mehr allzu viel anfangen können. Viele Menschen finden sich in der politischen Kultur der Repräsentation nicht mehr wieder, das digitale Zeitalter entfaltet eine sagenhafte antiautoritäre Sprengkraft. Es wird pauschal gegen „Eliten“ und alles Elitäre randaliert, Kompetenz wirkt verdächtig, Erfahrung gilt als Nachteil, Bildung als anrüchig.

Wie sehr sich die Zeiten geändert haben, zeigt ein kleines Gedankenspiel: Man stelle sich nur kurz vor, die Bundeskanzlerin würde, wie einst Kanzler Helmut Schmidt, heute irgendwo öffentlich – und mit Orchester – als Pianistin auftreten; sie erntete sehr wahrscheinlich nicht Anerkennung, sondern Eierwürfe.

Es hat gerade alles etwas von vorrevolutionärer Stimmung, Brexit und Trump haben das sehr grell herausgestrichen. Was galt, gilt nicht mehr; was kommt, ist unklar. Für den Moment sind die Parteien, nicht die Medien, die größten Verlierer dieser Zeit, weil der politischen Klasse selbst angst und bange wird, wenn „Volkes Stimme“ laut wird. Viele Menschen, womöglich bald eine kritische Masse, werden vom System nicht mehr richtig erreicht, wodurch das System wiederum Legitimität verliert.

Das Land geht, auch wenn darüber fast nie gesprochen wird, durch eine schwierige Phase, das Grundrauschen aus beunruhigenden Nachrichten wird lauter. So viel Argwohn, so viel Hass gegen die Macht und die Mächtigen war nach dem Krieg kaum je, höchstens Ende der Sechzigerjahre. Damals endete eine Epoche. Und eine neue begann.

Lesen Sie im nächsten Heft Teil I einer Serie anlässlich des 70. Geburtstags: Der SPIEGEL und seine Storys – Wie blickt der Autor Hans Magnus Enzensberger, der 1957 über „Die Sprache des SPIEGEL“ schrieb, heute auf dieses Magazin?

Pressefreiheit in Gefahr Korrespondent Bartholomäus Grill aus Afrika

Achtung, Regierungsfeinde!

Journalisten? „Ihr lügt. Wir wissen, dass ihr Geheimagenten seid“, schrie der Mob und drohte, uns zu lynchen. Mit einem Fotografen und einem Übersetzer wollte ich in einem Dorf in Mosambik über die Nashorn-Wilderei recherchieren; am Ende entkamen wir nur mit Glück der lebensbedrohlichen Situation. Aber auch der Staatsanwalt, der uns später in Maputo verhörte, behandelte uns wie Rechtsbrecher.

Korrespondenten sind in Afrika stets dem Verdacht ausgesetzt, nur negativ zu berichten oder falsche – gemeint sind regimiekritische – Informationen zu verbreiten. Deshalb werden wir von den Behörden oftmals angefeindet und behindert. In Diktaturen wie Äthiopien, Sudan oder Eritrea ist es unmöglich, frei zu arbeiten, oft wird uns die Akkreditierung verweigert.

Ich bin seit nahezu drei Jahrzehnten in Afrika unterwegs, im Laufe der Jahre wurde die Arbeit zunehmend riskanter. Das liegt an den chaotischen Verhältnissen in vielen Regionen, an Bürgerkriegen, an Gewaltexzessen. Selbst in einer Demokratie wie Südafrika wächst das Misstrauen gegen Berichterstatter. Denn wie in vielen Ländern Afrikas versuchen die Mächtigen auch hier, die Pressefreiheit zu beschneiden – bloß keine Enthüllungsgeschichten mehr über ihre korrupten Machenschaften. Deshalb bastelt die Regierung an einem neuen Mediengesetz, das Journalisten und Whistleblowern mit Strafen droht. Eine andere Form der Zensur hat sie längst durchgesetzt: Die öffentlich-rechtliche SABC ist mittlerweile ein Propagandasender von Staatschef Jacob Zuma. Wer über Proteste gegen die Regierung berichtet, wird gefeuert.

Nach dem Ende der Apartheid, in der Amtszeit Nelson Mandelas, zählte die Pressefreiheit zu den Grundpfeilern der Demokratie. Doch schon unter Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki wurden unabhängige Journalisten als Unruhestifter verunglimpft.

Ich bekam die Vorzeichen dieser Entwicklung während einer Pressekonferenz von Mbeki am eigenen Leib zu spüren. Als ich auf die Toilette musste, durfte ich den Raum nicht verlassen. „Der Präsident spricht, du bleibst hier!“, knurrte der Türsteher. So ist das häufig in Afrika: Wenn der Big Man da ist, treten alle Regeln außer Kraft.



Grill im Senegal

RICCI SHRYOCK / DER SPIEGEL